



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- Dienstsitz Berlin - 11055 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18 529 - 0

FAX +49 (0)30 18 529 - 4262

INTERNET www.bmel.de

DATUM 29. Mai 2019

Antrag auf Informationszugang nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Bezug: Ihr Schreiben vom 29. April 2019

mit Ihrem Schreiben vom 29. April 2019 haben Sie die *Zusendung des vollständigen Gutachtens des Max-Rubner-Institutes (MRI) zu Nährwertkennzeichnungsmodellen, um welches es sich in dem Artikel von Spiegel-online unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/wie-julia-kloeckner-den-nutri-score-behindert-a-1264665.html> dreht und welches Gegenstand der Petition von foodwatch unter <https://www.foodwatch.org/de/informieren/ampelkennzeichnung/ampel-studie-veroeffentlichen/> ist, beantragt.*

Da Sie Informationen erbitten, die weder im Zusammenhang mit den in § 2 Absatz 1 Verbraucherinformationengesetz (VIG) noch mit den in § 2 Absatz 3 Umweltinformationengesetz (UIG) genannten Daten stehen, fällt Ihr Antrag nicht in den Anwendungsbereich dieser Gesetze. Ihr Antrag ist daher als Antrag auf Zugang zu Informationen nach § 1 Informationsfreiheitsgesetz (IFG) anzusehen.

Über Ihren Antrag entscheide ich nach §§ 1 Absatz 1, 10 IFG wie folgt:

- I. Der Antrag wird abgelehnt
- II. Der Bescheid ergeht gebührenfrei.

Begründung:Zu I.

Im Hinblick auf das in dem von Ihnen genannten Spiegel-Online-Artikel und der Petition von foodwatch behandelte Dokument des MRI besteht kein Anspruch auf Informationszugang nach § 1 Absatz 1 Satz 1 IFG, da der Herausgabe Ausschlussgründe nach dem IFG entgegenstehen.

Nach § 3 Nummer 3 Buchstabe b IFG kann der Informationszugang zum Schutz von besonderen öffentlichen Belangen versagt werden, wenn und solange die Beratungen von Behörden beeinträchtigt werden. Nach § 4 IFG soll ein Antrag auf Informationszugang abgelehnt werden für Entwürfe zu Entscheidungen sowie Arbeiten und Beschlüsse zu ihrer unmittelbaren Vorbereitung, soweit und solange durch die vorzeitige Bekanntgabe der Information der Erfolg der Entscheidung oder bevorstehender behördlicher Maßnahmen vereitelt würde. Geschützt sind Vorgänge interner behördlicher Meinungsäußerung und Willensbildung, die sich inhaltlich auf die Entscheidungsfindung beziehen, z. B. Interessenbewertungen und Gewichtung einzelner Abwägungsfaktoren, deren Bekanntgabe nachteiligen Einfluss auf den behördlichen Entscheidungsprozess haben könnte.

Die die Bundesregierung tragenden Parteien fordern im aktuellen Koalitionsvertrag die Bundesregierung auf, unter Beteiligung von Wirtschafts- und Verbraucherverbänden das Nährwertkennzeichnungssystem für verarbeitete und verpackte Lebensmittel weiterzuentwickeln. Hierbei sollen die Ergebnisse des noch nicht vorliegenden Berichtes der EU-Kommission zur Evaluierung bestehender freiwilliger Kennzeichnungssysteme und deren Wirkungen berücksichtigt werden.

Das BMEL befindet sich derzeit mitten in dem durch den Koalitionsvertrag vorgesehenen Prozess der Beteiligung und Entscheidungsfindung. Eine in diesem Format zu treffende Entscheidung darüber, wie eine Weiterentwicklung des Nährwertkennzeichnungssystems für Deutschland aussehen soll, wurde noch nicht getroffen.

Das von Ihnen gewünschte Papier dient der Vorbereitung dieser Entscheidung. Eine Herausgabe wäre geeignet, den im Koalitionsvertrag vorgesehenen und noch laufenden formalisierten Prozess zu beeinträchtigen und dessen Erfolg zu vereiteln. Es besteht die ernsthafte Möglichkeit, dass durch das Bekanntwerden ein unbefangener und freier Meinungs austausch sowie eine offene Meinungsbildung nicht mehr möglich sind. Auch die im Koalitionsvertrag vorgesehene gleichmäßige Beteiligung der Verbraucher und Lebensmittelverbände wäre eingeschränkt. In diesem Zusammenhang weist das Bundesverwaltungsgericht (Beschluss vom 18. Juli 2011 – 7 B 14. 11) zu Recht darauf hin, dass es insbesondere das Ziel des § 3 Nummer 3 Buchstabe b IFG ist zu verhindern, dass die hierdurch geschützten innerbehördlichen

Beratungen, die auf eine offene Meinungsbildung und einen freien Meinungs austausch angelegt sind, wegen des Wissens um eine - auch nach Abschluss des jeweiligen Verfahrens erfolgende - Offenlegung etwa der einzelnen Beiträge und Meinungsbekundungen im Beratungsprozess beeinträchtigt werden können.

Zu II.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 10 IFG i. V. m. § 1 Absatz 1 der Informationsgebührenverordnung.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist als Rechtsbehelf der Widerspruch zulässig. Der Widerspruch ist innerhalb eines Monats seit Bekanntgabe des Bescheids gegenüber dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Rochusstr. 1, 53123 Bonn zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

